

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Besatz des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 15.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 45.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im Rhein- und Lahn-Anzeiger weiteste Verbreitung und werden die 6-spaltige Nonpareilzeile über deren Raum mit Mk. 4.—, die 8-spaltige mit Mk. 7.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mülhersch Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Bruch, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 89

Nastätten, Dienstag den 1. August 1922

45. Jahrgang

Die Teuerung.

Die anhaltende, sich immer stärker fühlbar machende Teuerung bei allen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln ruft gegenwärtig eine starke Erbitterung in weiten Bevölkerungskreisen hervor. Insbesondere sind es die steigenden Preise für die Ernährung, die jedem Mann jeden Tag spürt, die eine starke Voreingenommenheit gegen die landwirtschaftlichen Kreise im Gefolge haben. Die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung versucht nun eine jüngst vom Reichs-Landbund herausgegebene Flugsschrift den Verbraucherkreisen näherzuführen. In ihr weist Dr. Kaufhold, M. d. L., nach, wie der Friedensvertrag von Versailles und die wertvollsten landwirtschaftlichen Uebersehgebiete gewonnen und damit zu einem sehr erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Ueberflüsse Deutschlands geführt hat. Erschwerend wirkt hierbei mit, daß sich in den dem Deutschen Reich verbliebenen Ländern und Provinzen infolge der Rückwanderung von Vertriebenen, durch Zuwanderung und Aufenthalt von Ausländern die Bevölkerungszahl und damit der Verbrauch und die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen wesentlich vermehrt haben.

Zu der Verminderung der Anbaufläche kommt dann der Rückgang der Erzeugung auf den einzelnen Flächenheiten hinzu. Durch die Zwangswirtschaft, die während des Krieges und teilweise bis jetzt noch beim Getreide besteht, die vielfach mit den schärfsten Eingriffen in die landwirtschaftliche Produktion verbunden war, ist die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland ganz bedeutend zurückgegangen. Auch der Viehstand hat unter den Folgen des Krieges durch das Ausbleiben der ausländischen Kraftfuttermittel schwer gelitten. Alle diese Umstände haben eine steigende Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln aus dem Ausland notwendig gemacht, die allein in einem Jahre, vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1922 109,5 Milliarden Mark betrug.

Eine weitere Ursache der Teuerung ist dann in dem Rückgang der Arbeitsleistung der Landwirtschaft zu sehen. In allen Ländern und Provinzen ist durch Tarifverträge eine Verkürzung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitsstunden herbeigeführt worden. Dieser Mangel bleibt in der Landwirtschaft nicht auf die menschlichen Arbeitskräfte beschränkt, denn, so erklärte kürzlich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, die Pferde, Ochsen und Esel haben auch den achtstündigen Arbeitstag, trotzdem sie ihn nicht verlangen. Man hat berechnet, daß die verkürzte Arbeitszeit die Erzeugungskosten um rund ein Drittel erhöht hat.

Inwieweit die Verteuerung aller landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Kohle, Eisen, Düngemittel) sich in der Teuerung der Lebensmittel auswirkt, würde in diesem Zusammenhang zu weit führen und darf hier als bekannt vorausgesetzt werden.

Die wesentlichste Ursache für die Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ist aber die zunehmende Entwertung des Geldes, die sich zurzeit im Dollarkurs von über 500 Mark für eine die auf das Deutsche auspricht. Hierzu verweist Dr. Kaufhold auf eine Reichstags-Erklärung des früheren Reichsernährungsministers Dr. Hermes vom 11. November 1921, in der es heißt: „Hierin liegt letzten Endes die Hauptursache für die allgemeine, in den letzten Monaten eingetretene außerordentliche Verteuerung, die nicht eine unmittelbare Folge der freien Wirtschaft, sondern des Sturzes der deutschen Mark, d. h. der fortwährenden Entwertung des deutschen Geldes, ist.“

Ebert an Lerchenfeld.

Bermittlungsversuch des Reichspräsidenten.
Es scheint, als ob der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich durch direkte Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Grafen Lerchenfeld aus der Welt geschafft werden soll. Am Freitag wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten ein Brief des Reichspräsidenten Ebert übergeben, in dem auf den Ernst der Lage hingewiesen wird. Nach einer Meldung des „Bayerischen Kurier“ soll Graf Lerchenfeld demnächst nach Berlin fahren. Offenbar wünscht man in mündlichen Verhandlungen die Differenzen zu erledigen.

In seinem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten gibt der Reichspräsident seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß

die bayerische Verordnung im Widerspruch mit der Reichsverfassung stehe und eine schwere Störung der Reichseinheit darstelle, deren Aufhebung Pflicht des Reichspräsidenten wäre. „Ich möchte mich zu diesem Schritt — so heißt es weiter in dem Brief — „erst dann entschließen, wenn ich die Ueberzeugung gewinne, daß auch

die letzten Mittel zu einer Verständigung über eine schnelle Beilegung dieses Konfliktes erschöpft sind. Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Interesse unseres deutschen Volkes und Landes, das uns beiden gleichermaßen am Herzen liegt, nochmals in Erwägungen einzutreten, ob es nicht möglich erscheint, Ihnen und mir diesen so unerwünschten Schritt zu ersparen.“

Präsident Ebert betont weiter mit allem Nachdruck, daß durch das Schutzes die bayerischen Hoheitsrechte nicht beeinträchtigt werden sollen. Das Gesetz sei in einer besonders bedrohlichen Lage nur für einen bemessenen Zeitraum geschlossen und solle in feiner Weise den statischen Charakter der Länder beibehalten, der gerade die Stärke des Reiches darstelle.

Zum Schluß bittet der Reichspräsident um eine baldige Antwort zur beschleunigten Erklärung der innen- und außenpolitisch gleichermachen gefährdeten Lage.

Berlin und München.

Rein aktives Vorgehen Bayerns.

Einem Mitarbeiter der Berliner Vorkzeitung machte Graf Verchenfeld nähere Mitteilungen über die Haltung Bayerns. Ganz indiskutabel erscheint Bayern immer noch der Staatsgerichtshof, in dem die Münchener Regierung keine juristische, sondern eine politische Institution sieht. Bayern hätte nichts gegen einen Senat des Reichsgerichts einzuwenden, auch nichts gegen eine Erweiterung durch Bayern, aber die gewählte Form gehe für Bayern nicht. Eine Durchsetzung der Konfliktgeschichte auf die letzten möglichen Konsequenzen sollte man doch nicht erörtern, weil kein Mensch in Bayern solche erwarte. Freilich würde eine völlig intransigente Haltung des Reichs das Problem gefährlich machen. Aber niemals wäre dabei ein aktives Vorgehen Bayerns zu erwarten. Im äußersten Falle, wenn es sich um Sein oder Nichtsein handelt, würde die bayerische Regierung durch eine Landtagsneuwahl die Entscheidung in die Hände des bayerischen Volkes legen. Solange es aber irgendwie möglich ist, will die Regierung dem Reich und Bayern die Erregung eines Wahlkampfes ersparen. Die Nachricht, daß Frankreich bereits Verhandlungen über Kohlenlieferungen und andere Dinge gepflogen habe, bittet der Ministerpräsident entschieden zu dementieren. Verchenfeld hat sich auch noch nicht mit der Neubildung der Regierung befaßt, die an sich durch das Ausscheiden der Demokraten wohl bedingt wäre. Aber da dies Ausscheiden sich nicht in feindlicher Form vollzieht, denkt Verchenfeld an eine Möglichkeit ihres Wiedereintritts.

Alsbad nach dem Eintreffen des Briefes, der durch einen besonderen Kurier überbracht wurde, trat das bayerische Kabinett zu einer Beratung zusammen. Die Tatsache, daß Präsident Ebert am Freitag zum Versuch der Mittelschlichten Ausstellung nach Magdeburg gefahren ist, läßt darauf schließen, daß man auch in Berlin keine sofortige Entscheidung erwartet. Es scheint, als ob man auch in München gern einlenken will. Man sieht einen neuen möglichen Weg vor sich, indem Bayern die verfassungsmäßige Verbindlichkeit des Reichsschutzgesetzes anerkennt, zugleich aber durch ein mehr verhältnismäßiges als formales Abkommen zwischen den Regierungen die Berücksichtigung der bayerischen Wünsche bezüglich des Staatsgerichtshofes und der Reichskriminalpolizei zu erreichen sucht. Um diesen besonderen Wünschen einen gar zu ausgeprochenen partikularistischen-bayerischen Beigeschmack zu nehmen, sollen die gleichen Reservate auch den anderen süddeutschen Ländern eingeräumt werden. Damit bringt man auch eine Zusammenkunft der süddeutschen Staatspräsidenten in Zusammenhang, die am Freitag in Karlsruhe stattfand. Wenn auch die Meldung des „Bayerischen Kuriers“, wonach Graf Verchenfeld selbst nach Berlin reisen werde, bisher noch keine Bestätigung gefunden, so scheint man doch ernstlich an die Entsendung eines Mittelmannes aus den Kreisen der Bayerischen Volkspartei zu denken.

Ein bayerischer Senat beim Staatsgerichtshof?

Den von Berlin aus in Aussicht gestellten und vorläufig unverbindlichen Vorschlag eines eigenen bayerischen Senats beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hält der „Bayerische Kurier“ unter einer doppelten Voraussetzung für diskussionsfähig: zum ersten dürfte die Zusammenlegung des Richterkollegiums in der bayerischen Abteilung den grundsätzlichen Einwänden nicht ausgesetzt sein, die von Bayern gegen den Staatsgerichtshof erhoben worden sind und zum anderen müßten die Rechte Bayerns durch Staatsvertrag gewährleistet und dadurch dem Wechsel einer Reichstagsmehrheit entzogen werden.

Die „rächende Hand“.

Harmlose Aufklärung einer Geheimbund-Affäre.

Die Altonaer „Geheimbund“-Affäre, über die einzelne Blätter sensationell aufgemachte Berichte gebracht hatten, scheint sich mehr und mehr als recht harmlos herauszustellen. Wie Oberleutnant Raben, der angebliche Leiter des angeblichen „Geheimbundes“, den „Hamb. Nachr.“ mitteilt, handelt es sich bei der Sache um eine rein wirtschaftliche Aktion. Raben, der die Angehörigen seines Freikorps in Arbeitsstellen untergebracht hat, war vom deutsch-russischen Bunde in Berlin gebeten worden, auch ehemalige russische Offiziere und Beamte, die aus Sowjetrußland flüchten mußten, unterzubringen. Er hat mit Hilfe des Nationalen Arbeiterbundes einigen dieser Russen Arbeitsgelegenheit im Hafen verschafft. Diese Tätigkeit des Nationalen Arbeiterbundes hat offenbar das Mißfallen gewisser Kreise erregt, und die Folge war eine Denunziation bei der Polizei.

Raben hat dann selbst ganz freiwillig in Gegenwart von Zeugen der Polizei ein Schriftstück übergeben, das die vom Altonaer Presseamt veröffentlichten Statuten der „rächenden Hand“ enthielt. Er erklärte dabei, das Schriftstück sei ihm (Raben) durch die Post als Drucksache zugesandt worden. Es sei das Produkt eines blödsinnigen Phantasten und habe als Unikum vielleicht Interesse für die Polizei. Der Beamte habe einen Blick auf das Schriftstück geworfen und erklärt, daß er es selbstverständlich gern mitnehmen werde.

Wie die Behörden diese Statuten eingesehen haben müssen, geht schon daraus hervor, daß sie Raben auf freiem Fuße gelassen haben.

Eine Organisation „D“ in Bayern.

Der „Bayerische Courier“ macht die Mitteilung, daß es der Polizei gelungen sei, eine Geheimorganisation „D“ aufzudecken, die ihren Sitz in München im Altheimerod (Münchener Post) habe, wo alle Fäden zusammenlaufen. Ganz Bayern sei mit einem Netz überzogen, eine Anzahl von Agenten seien dafür tätig. Die Polizei wurde auf diese Organisation durch den von einem mehrheitssozialistischen Abgeordneten ins Leben gerufenen geheimen revolutionären Epistelklub und durch eine Reihe von Mundschreibern aufmerksam gemacht, die die bayerische Bevölkerung zur gegenseitigen Bewachung auffordern.

Moratorium und Finanzkontrolle.

Lloyd George für Neuregelung der Reparationsfrage.

Englische Blätter melden, daß Lloyd George zu der Konferenz mit Poincaré nicht nur einen Plan für eine scharfe Neuregelung der deutschen Schuld, sondern auch für ein ganz neues Reparationsabkommen mitbringt. Die englischen Minister und Sachverständigen seien augenblicklich damit beschäftigt, ein konkretes und vollständiges Projekt auszuarbeiten, das nicht nur die Interessen Englands und Frankreichs, sondern die aller Verbündeten wahr.

Frankreich — so schreibt der der Regierung nahestehende „Petit Parisien“ — würde jeden Zahlungsnachschuß mit einer Verschärfung der Finanzkontrolle verbinden. Frankreich werde nicht nur jeden auf die Aufhebung der Sanktionen oder die Räumung des Rheinlandes zielenden Vorschlag ablehnen, sondern sogar fordern, daß die im Mai 1921 gemach-

ten Vorbehalte, nach denen es dem Garantiekomitee gestattet ist, direkt in die deutsche Verwaltung einzugreifen, aufgehoben werden. Diese politischen Forderungen werden von Frankreich augenblicklich sehr in den Vordergrund geschoben und es besteht die Möglichkeit, daß Poincaré versuchen will, ein Kompromiß zu Stande zu bringen, nach dem Frankreich seinen Verzicht auf augenblickliche Zahlungen durch weitere Rechte in Deutschland selbst kompensiert erhält.

Morgan zu neuen Anleihe-Verhandlungen bereit.

Wie die „Chicago Tribune“ meldet, hat Morgan auf eine offizielle französische Anfrage aus London geantwortet, er sei bereit, Anfang September einer neuen Sitzung des Bankier-Komitees beizuwohnen. Die französische Regierung, so heißt es in der „Chicago Tribune“, hofft, daß aus der Unterhaltung in London die Grundlagen für neue Anleiheverhandlungen hervorgehen können.

Wenn es allerdings Poincaré gelingen sollte, bei den Besprechungen mit London seine oben angegebenen Forderungen durchzusetzen, dann wird auch die neue Sitzung des Bankier-Komitees zu keinem Erfolg führen. Denn einem Lande, das unter Zwangsverwaltung steht, wird niemand eine Anleihe geben, ebensowenig wie ein realer Geschäftsmann einem Entmündigten Kredit geben würde.

Fehlerte im Westen.

Teilweise Herabsetzung der Getreidemenge.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die große Trockenheit, die in den Monaten Mai, Juni und in der Hälfte des Juli herrschte, dazu geführt, daß weite Gebiete des Westens, namentlich dort, wo die flachgründigen und leichten Böden vorherrschen, eine vollkommene Fehlerte zu verzeichnen haben. Daran vermochten auch die überreichen Niederschläge in der zweiten Hälfte des Juli nichts mehr zu ändern. In großen Teilen der Rheinprovinz hat die Dürre einen schweren Notstand herbeigeführt, so daß sich die Regierung veranlaßt sah, zur Vinderung dieses Notstandes sehr erhebliche Mittel bereitzustellen. Auch die bayerische Pfalz ist von dem Notstand, wenn auch nicht in demselben Maße, betroffen worden. Diese Verhältnisse müßten auch bei der Verteilung der Getreidemenge berücksichtigt werden. Nach Berechnungen, an denen die zuständigen Stellen Preußens, Bayerns und Sessens sowie der Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete teilnahmen, hat daher eine wesentliche Ermäßigung der für die preussische Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und Rheinbessen ursprünglich festgesetzten Umlagesolls stattgefunden.

Deutsches Reich.

Die Frage der Einberufung des Reichstages wird in parlamentarischen Kreisen eifrig erörtert. Der Ueberwachungsanspruch, der in seiner letzten Sitzung die neuen Beamteneinstellungserhöhungen genehmigte, hat die bayerische Frage nur flüchtig gestreift, da sich der Ausschussvorsitzende, Müller-Frankan, auf den Standpunkt stellte, daß zur Erörterung dieser Frage nur das Plenum zuständig sei. In den Kreisen der Rechtsparteien widerstrebt man einer Einberufung des Reichstages, weil man meint, wenn man die Streiffrage dem Reichsgericht zur Entscheidung übergebe, so würde die dadurch gewonnene Frist dem Streit keine Schärfe nehmen.

Abgelehnte Mißtrauensanträge. Der heftige Landtag lehnte einen Antrag der Deutschen Volkspartei ab, dem sozialdemokratischen Minister Raab das Mißtrauen auszusprechen wegen der Ausschreitungen in Darmstadt am 27. Juni bei der Rathenau-Demonstration der Sozialdemokraten. Ferner wurden zwei Mißtrauensanträge abgelehnt, die sich gegen den Staatspräsidenten richteten und als Grund die Mißfeier in den Schulen und die Ernennung eines bisherigen Angestellten zum Ministerialrat hatten.

Zeitungsverbote. Der Oberpräsident von Niederschlesien verbot den „Sprottauer Anzeiger“ auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik für vier Tage, weil er die Verfassung Rathenaus als „Pöbel“ bezeichnet hatte. Die „Emder Zeitung“ wurde

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 14, Abs. 2, des Gesetzes betreffend die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes vom 28. Juni 1902 (S. S. 229) und mit Genehmigung des Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und für Volkswohlfahrt ändere ich den Gebührenentwurf für die Ausführung der Fleischbeschau pp. vom 22. November 1921 (Reg. Amtsbl. S. 322) vorbehaltlich jedergeitigen Widerspruchs für den Regierungsbezirk Wiesbaden ab, wie folgt:

- 1. Ordentliche Beschau:
a) für ein Stück Rindvieh (ausschl. Kälber) 20 Mt.
b) für ein Schwein, ausschl. Ferkel, einschl. Frischlingschau 16 Mt.
c) für ein Schwein, ausschl. Ferkel, ausschl. Frischlingschau 10 Mt.
d) für Frischlingschau allein
1) für einen ganzen Tierkörper 10 Mt.
2) für eine Speckseite oder für ein sonstiges Schweinefleischstück 5 Mt.
e) für ein Kalb, Schaf, Ziege oder sonstiges Kleinvieh, ausschl. Ziegenlamm 10 Mt.
f) für ein Ferkel (bis zum Gewicht v. 15 kg) oder Ziegenlamm 6 Mt.

Die Gebühr für die ausschließlich den Tierärzten vorbehaltene Schlachtvieh- und Fleischbeschau bei Einhufern und für die Ergänzungsbeschau bei andern Schlachtviehen beträgt je (ein) Tier 30 Mark.

Die hier etwa hinzukommenden Fahrkosten (S. II. meines Gebührenentwurfs vom 3. 8. 1921 Amtsbl. S. 216) werden ebenso wie die den Beschauern in meiner Bekanntmachung vom 22. November 1921 (Amtsbl. S. 322) zugewilligten Wegegebühren um 100% erhöht.

Der 3. Absatz unter 2 des Tarifs vom 3. August 1921 (Amtsbl. S. 216) kommt weil entbehrlich geworden, in Fortfall.

Im übrigen bleibt diese Bekanntmachung vom 3. August 1921 und die vom 22. November 1921 (Reg. Amtsbl. S. 322/323) unverändertlich.

Der vorstehende neu aufgestellte Tarif tritt mit dem 1. Juni ds. J. in Kraft.

Wiesbaden, den 13. Mai 1922.

Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht:

Nastätten, den 26. Juli 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Vereins-Pferdeschau

Pferdebezugsvereins des Kreises St. Goarshausen.

Am Freitag, den 11. August 1922, vormittags 9 Uhr, findet in Vogel die diesjährige Vereinspferdeschau statt.

Zugelassen sind Kaltblutpferde, welche im Nassauischen Pferde-Stammbuch eingetragen sind oder von eingetragenen Eltern abstammen. Eintragungen in das Stutbuch können noch zu Beginn der Schau erfolgen. Die Aussteller müssen Mitglieder des Pferdebezugsvereins sein oder werden, und sich zu 3-jähriger Mitgliedschaft verpflichten.

An Preisen sind vorgesehen:

Abteilung A: 3-12-jährige Mutterstuten mit Fohlen und wieder gedeckt. Das Fohlen muß mit vorgeführt werden. 6 Preise zu 500 Mt., 400 Mt., 300 Mt., 250 Mt., 200 und 150 Mt.

Abteilung B: 3-12-jährige gedeckte Stuten. 6 Preise zu 400 Mt., 300 Mt., 200 Mt., 150 Mt., 100 und 75 Mt.

Abteilung C: 1-2 1/2-jährige Hengst- und Stutfohlen. 1. für Hengstfohlen 2 Preise zu 350 und 250 Mt. 2. für Stutfohlen 7 Preise zu 300 Mt., 250 Mt., 200 Mt., 150 Mt., 100 Mt., 75 und 50 Mt.

Abteilung D: Familien. (Stuten mit 2 und mehr Nachkommen.) 4 Preise zu 600 Mt., 400 Mt., 300 und 200 Mt.

1 Ehrenpreis von 100 Mt. dem Schmied für den besten Hufbeschlag. Außerdem je zu dem 1. Preis 1 Ehrenpreis.

Der Auftrieb beginnt um 8 und muß um 9 Uhr beendet sein. Die Preisverteilung findet gegen 12 Uhr statt. Daran anschließend Umzug der preisgekrönten Tiere durch den Ort. Die Tiere werden vor dem Betreten des Ausstellungsplatzes amtstierärztlich untersucht. Den Anordnungen der Schaulitung und der Preisrichter ist unbedingt Folge zu leisten.

Alle Preisempfänger übernehmen durch Annahme der Preise, die für die Hauptstutenschau vorgeschriebenen Verpflichtungen.

Anmelde-Bordrücke sind sofort dem Herrn Direktor Schmitt-Nastätten anzufordern und vollständig ausgefüllt bis zum 7. August ds. J. an denselben portofrei zurückzusenden. Als Bestätigung der Anmeldung erhält der Züchter eine Zulassungskarte mit der seinem Tier zugewiesenen Nummer. Diese Karte ist zur Schau mitzubringen und an der linken Kopfseite des Tieres zu befestigen.

Anmerkung: Nach der Preisverteilung findet ein gemeinsames Mittagssmah im Gasthaus Weisbarth statt. Anmeldungen hierzu müssen baldigst, spätestens vor Beginn der Schau beim Wirt erfolgen.

St. Goarshausen, den 27. Juli 1922.

Der Vorstand: Staehly, stellv. Vorsitzender.

Unter-Vertriebsstelle für Reichs-Monopol-Trinkbranntweine

- zu vergeben für Nastätten und Umgegend
Hahnstätten u. Umgegend
Katzenelnbogen u. Umgegend
Lg.-Schwalbach u. Umgegend.

Firmen die in Geschäften, Hotels, Wirtschaften gut eingeführt sind und über eignes Fuhrwerk verfügen, wollen Offerte einreichen.

Für Bierniederlagen ein lohnendes Geschäft! Branntwein-Monopol-Vertriebs-Ges. m. b. H. WIESBADEN, Marktplatz 7.

Am Bahnhof Nastätten

Donnerstag früh 7 Uhr
! frische Seefische !
(Einwickelpapier mitbringen!)
zum billigsten Tagespreis empfiehlt
R. Ackermann, Nastätten
Fernsprecher Nr. 78.

Weinflaschen

kauft zum Tagespreise
Frlg. Kehner, Nastätten.

Hundeleine

am Samstag verloren. Wiederbringer erhält Belohnung!
Forstsekretär Dinze, Nastätten.

Täglich frische Schnitt-Blumen

empfiehlt
Gärtnerei E. Wölfert
Nastätten: Oberstraße.

Ununimik Trinit

Wird, mit esser, Blüten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Zucker's Patent-Medizin-Selb's eintröpfeln läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckerkrem nachstreichen. Brokartige Wirkung, von Laufenben befalligt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

Sport-Verein

e. U. Nastätten OS.
Am Sonntag, den 6. August beabsichtigt unser Verein am Sportfest in Dachsenhausen teilzunehmen. Diejenigen, welche sich nicht aktiv beteiligen, werden gebeten, sich bis morgen Abend bei Herrn Eugen Michel zu melden. Da ein spannendes Programm vorliegt, bittet der Verein um recht zahlreiche Beteiligung. Abfahrt ist morgens um 1/2 6 Uhr. - Heute (Montag) Abend 9 Uhr auf der Wucher (Schauffee) leichtathletische Übungen zum Sportfest.
Der Vorstand.

Gold- und Silber-Gegenstände, sowie künstliche Gebisse (auch zerbrochene) kauft zu höchstem Tagespreise
Uhrmacher Förster, Nastätten.

Maschinen-Motoren-Cylinder-Centrifugen-Fußboden-Wagen-Leder-Maschinen-Oele
Fette
Leder-Tran
Carbolineum
Riemenwachs, Leinöl
alle streichfertig. Farben
Waschmittel, Ia. Kern- u. Schmirseife, Seifenpulver, Ia. Schuhcreme
off. in bester Qual. billigst

Hub. Hiestand
techn. Oele und Fette
Münchenroth.

Ata
bestes Putz-u. Scheuermittel
Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.
Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Grubensand und -Ries!

Den verehrlichen Bauinteressenten zur Kenntnis, daß ich den Weg zu meiner Sandgrube fahrbar gemacht habe und empfehle bei Lieferung von Autobezug sofort zu bestellen, damit ich die Lieferung bei der großen Nachfrage franko Baustelle frühzeitig ausführen kann.

Heinrich Meyer
Tierschred b. St. Goarshausen
Telefon 23.

Dienrohre, Feuerhaken
Rehrichschaukeln
Kolbenschaukeln
empfiehlt
E. Knoche, Nastätten
(gegenüber Kaufhaus Schenk).

Silbergrau und rote Doppelfalzziegel

empfiehlt zu günstigen Preisen
Baustoffhandlung
Jakob Gehner, Nastätten.

Nach Wiesbaden in kleinen Herrschaftshaus ein zuverlässiges Mädchen
gesucht zur Hilfe bei zwei kleineren Kindern und für leichte Hausarbeit. Gehalt 400 Mt. - Näheres in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Nach Wiesbaden in ruhiges Herrschaftshaus (3 Erwachsene) ein Mädchen
gesucht, die selbstständig kochen kann. Hausmädchen vorhanden. Gehalt 500 Mt. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Weinfässer
von 18-1200 Liter, Korbfasschen, Glasballons für Zwecke aller Art ständig abzugeben
Sauer-Wiesbaden,
Obenstraße Nr. 16.

Kammerjäger Wiethüchter
(alter erfahrener Fachmann)
kommt nach hier und Umgegend und vertilgt radikal unter schriftlicher Garantie Motten, Mäuse, Wanzen, Schwaben usw. Auch bei gefüllten Speichern. Wirkung nachweisbar innerhalb 24 Stunden. Bestellungen werden noch in der Geschäftsstelle ds. Bl. angenommen.

Klavier-
Stimmen
Reparieren
Eintausch
Vermieten
Transporte
besorgt zuverlässig
C. Mand
Coblenz
Schloßstr. 36/38
Tel. 5

Decknägel
empfiehlt
E. Knoche, Nastätten
(gegenüber Kaufhaus Schenk).

Holzversteigerung.
Donnerstag, den 3. August, nachmittags 1 Uhr
werden im Algenrother Gemeindevwald versteigert:
112 Raummeter Lohholz.
Die Herren Bürgermeister werden um gefl. Bekanntmachung ersucht.
Algenroth, den 29. Juli 1922.
Der Bürgermeister: Welbert.

Holzversteigerung.
Freitag, den 4. August cr., nachmittags 1 Uhr
anfangend, kommen im Niedermeilinger Gemeindevwald
86 Raummeter eichen Lohholz und 1400 Stück Lohwellen
zur Versteigerung. - Abfahrt gut.
Niedermeilingen, den 29. Juli 1922.
Der Bürgermeister: Kunz.

Halmfrucht-Versteigerung.
Freitag, den 4. August, nachmittags 2 Uhr
aufangend, läßt Hermann Hennig Hof Schwan zirka 14 Morgen Roggen
Parzellenweise öffentlich gegen Baarzahlung versteigern.
Bringt meine
Verkaufsstelle für elektr. Starkstromartikel
wie: Birnen, Schalter, Fassungen und dergleichen in empfehlende Erinnerung.
Erich Grewe, Gaub a. Rhein.

Arbeits-Vergebung.
Freitag, den 4. August 1922, nachmittags 3 Uhr
werden auf dem Rathaus Egenroth
Maurer-, Schreiner-, Dachdecker-, Tüncher- und Anstreicher-Arbeiten am Schulhaus
(veranschlagt zu 50000 Mark) öffentlich vergeben. Kostenanschlag kann hier eingesehen werden.
Egenroth, den 26. Juli 1922.
Der Bürgermeister: Klärner.

Zur Silberhochzeit!
Unsern lieben Schulkameraden David Fischer und seiner Ehefrau zu ihrer Silber-Hochzeit herzlichste Glück- und Segenswünsche!
Der Jahrgang 1875.

Wo kauft man gut und preiswert?
Fahrräder, Nähmaschinen, Zentrifugen, Fahrrad-, Auto- und Motorrad-Gummibereifungen, Motorwagen, Motorräder, Öl, Benzin, sowie sämtliche Ersatzteile
nur im
Fahrrad- und Maschinenhaus
Telefon 77 J. Deckert, Nastätten Oberstraße 6
Eigene Reparaturen-Anstalt
Erstes und größtes Spezialgeschäft vom Untertannus
Gute fachmännische Arbeit und reelle Bedienung

Echter deutscher Weinbrannt u. feinsten französischer Cognac
empfiehlt
Hans Zehle, Lorch am Rhein, Wein-Gutsbesitzer - Wein-Großhandlung.
Zweig Niederlassung:
Fritz Gehner, Nastätten, Rheinstr.